Stadt Marienmünster

Der Bürgermeister



Niederschrift

01/067/2023

über die Sitzung des Rates am Mittwoch, dem 22.02.2023, von 18:30 Uhr bis 21:40 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend:

Bürgermeister Josef Suermann

CDU

Uwe Bickmann

Josef Büker

Klaus-Peter Gosse

Marcus Kaiser

Elmar Konrad Krüger

Hermann Müller

Mathias Schmidt

GRÜNE

Jutta Fritzsche

Matthias Loges

Rainer Neumann

UWG

Thorsten Hölting

Reinhard Lammersen

Josef Wolff

SPD

Helmut Lensdorf

Sybille Mocker-Schmidt

Stefanie Pohlmeier

WGB

Elmar Stricker

Protokollführer

Kai Schöttler

Abwesend:

<u>CDU</u>

Stefan Köhne

GRÜNE

Dominik Wichmann

1

ab 18:35 Uhr

WGB André Budde

Presse:

Heinz Wilfert, WB

Zuhörer: 8

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung

Bürgermeister Josef Suermann begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Ladung zur Sitzung und die Beschlussfähigkeit fest. Einwendungen werden nicht erhoben.

2. Gründung einer Seniorenvertretung; hier: Beschluss über die Satzung für den "Beirat 60plus" der Stadt Marienmünster Vorlage: 679/2023

Einleitend stellt Josef Suermann kurz den Verlauf des Projektes dar. Am 12.01.2023 habe ein Arbeitskreis aus Politik und Verwaltung getagt, der sich mit der Überarbeitung des Satzungsentwurfes beschäftigt habe. Er berichtet kurz über die Ergebnisse des Arbeitskreises und plädiert dafür, die Satzung in der überarbeiteten Fassung zu beschließen.

Er dankt Bernhard Eder von der Landvolkshochschule Hardehausen für die kompetente Begleitung des Projektes.

Mathias Schmidt stellt dar, dass die CDU in diesem Punkt nicht geschlossen abstimmen wird. Er plädiert dafür, die Ortsausschüsse als basisdemokratische Einrichtungen durch das neu geschaffene Gremium nicht zu umgehen. Auch hält er die vorhandenen Strukturen für ausreichend und gut funktionierend.

Josef Suermann entgegnet, dass der Anteil älterer Menschen in der Gesellschaft immer größer wird und dass diese deshalb auch entsprechend repräsentiert sein müssten.

Jutta Fritzsche verweist darauf, dass der Arbeitskreis sich durchweg positiv zur Bildung des Gremiums ausgesprochen hat.

Helmut Lensdorf sieht das Gremium ebenfalls sehr positiv. Er wünsche sich vielmehr noch umfassendere Teilnahme-, Rede- und Antragsrechte. Das Gremium sei keine Konkurrenz, sondern eine Ergänzung zu bestehenden Einrichtungen.

Rainer Neumann sieht in dem Beirat ein weiteres Element der Basisdemokratie, Bürger würden mit einbezogen.

Elmar Stricker verweist auf die gut funktionierende Seniorenarbeit auf kirchlicher Ebene, jede Partei bietet zudem Seniorenvertretungen. Im ländlichen Raum müsse mehr denn je darauf geachtet werden, keine Konkurrenz zu schaffen, da der verfügbare Personenkreis für ehrenamtliche Arbeit äußerst begrenzt sei. Die Senioren wären in Marienmünster über alle Gremien hinweg nie vergessen worden und das würde auch zukünftig nicht geschehen.

Beschluss:

Der beigefügte Entwurf der "Satzung für den Beirat 60plus der Stadt Marienmünster" wird als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen

Ja 10 Nein 8

3. Haushalt 2023

3.1. Entscheidung über Änderungsanträge zum Haushaltsplanentwurf 2023

A. Änderungsanträge der Verwaltung

Bürgermeister Josef Suermann und Kämmerer Kai Schöttler erläutern die Änderungsanträge der Verwaltung.

a) IT-Sicherheit

Beschluss:

Für die IT-Sicherheit werden 5.000 Euro zusätzliche Mittel bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

b) Schülertablets

Beschluss:

Für die Anschaffung von Schülertablets werden 8.000 Euro konsumtive Mittel veranschlagt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

c) Spielplatzpauschale

Eine klärende Auseinandersetzung mit der Thematik führt dazu, dass die Spielplatzpauschale mit ihrem Gesamtbetrag als Zuschuss (sofortiger Aufwand, konsumtiv) zu berücksichtigen ist.

Beschluss:

Für die Spielplatzpauschale werden gegenüber dem Haushaltsplanentwurf 9.000 Euro zusätzliche konsumtive Mittel veranschlagt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

d) Zaun Spielplatz "Steffenskamp" Bredenborn

Die Auseinandersetzung sorgte weiter dafür, dass der Zaun des Spielplatzes "Steffenskamp" in Bredenborn mit 5.000 Euro als investiver Ansatz zu berücksichtigen ist.

Die SPD-Fraktion hat beantragt, die Einfriedung in Form einer Hainbuchenhecke auszuführen. Dies befürwortet auch Elmar Stricker.

Josef Suermann spricht sich gegen eine Hecke aus, da sie zu Mehrarbeit für den Bauhof führt. Ein Zaun sei bei entsprechender Materialauswahl langlebig und pflegeleichter.

Man einigt sich darauf, einen Ansatz für die Einfriedung aufzunehmen und die konkrete Ausführung im Ortsauschuss Bredenborn zu beraten. Damit findet auch der Antrag der SPD-Fraktion hier Berücksichtigung.

Beschluss:

Für die Einfriedung des Spielplatzes "Steffenskamp" in Bredenborn ist ein investiver Ansatz in Höhe von 5.000 Euro zu schaffen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

e) Zuschuss Jugendgruppen

Josef Suermann führt aus, dass der Zuschuss für die Jugendgruppe in Vörden, der bereits 2021 und 2022 berücksichtigt und nicht in Anspruch genommen wurde, allen Jugendgruppen zur Verfügung gestellt werden sollte, insbesondere, da die Konstituierung einer Jugendgruppe in Vörden derzeit nicht absehbar sei.

Er habe sich mit den Jugendgruppen getroffen und empfiehlt dem Rat, eine Kommission zu bilden und sich im Rahmen von Ortsterminen ebenfalls ein Bild von der Jugendarbeit und den Räumlichkeiten zu machen.

Er stellt fest, dass der Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN auf Bereitstellung von 15.000 Euro mit dem Antrag der CDU korrespondiert. Der Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN sei der weitergehende, weshalb er zunächst hierüber abstimmen lasse.

Jutta Fritzsche und Rainer Neumann sprechen sich für den höheren Ansatz als Zeichen der Wertschätzung der Jugendlichen aus. Der Ansatz müsse nicht zwangsläufig komplett ausgegeben werden.

Mathias Schmidt schlägt vor, den Ansatz von 5.000 Euro bis zum Ende der Legislaturperiode zu verstetigen. Josef Büker, Josef Wolff und Helmut Lensdorf sprechen sich im Sinne einer kontinuierlichen Weiterentwicklung der Jugendgruppen ebenfalls für eine Verstetigung aus. Elmar Stricker lobt das Engagement der vier funktionierenden Jugendgruppen, hält 15.000 Euro jedoch zunächst für überhöht.

Beschluss:

Der Zuschuss in Höhe von 5.000, der ursprünglich für die Jugendgruppe in Vörden im Haushaltsplan 2023 veranschlagt wurde, soll allen Jugendgruppen im Stadtgebiet zugänglich sein und auf 15.000 Euro erhöht werden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt 3 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

Der Zuschuss in Höhe von 5.000, der ursprünglich für die Jugendgruppe in Vörden im Haushaltsplan 2023 veranschlagt wurde, soll allen Jugendgruppen im Stadtgebiet zugänglich sein und bis zum Ende der Legislaturperiode verstetigt werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 3 Enthaltungen

f) Mittel aus "Moderne Sportstätte"

Die Zuschüsse aus dem Programm "Moderne Sportstätte" fließen in 2023 und sind dementsprechend auch zu veranschlagen.

Beschluss:

Die Zuschüsse in Höhe von 300.000 Euro werden im Haushaltsplan 2023 veranschlagt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

g) Hausanschlüsse

In 2023 ist eine höhere Zahl an neu zu erstellenden Hausanschlüssen zu erwarten. Die Hausanschlüsse sind beitragspflichtig.

Beschluss:

Für die Erstellung von Hausanschlüssen im Abwasserbereich werden investive Auszahlungen und Einzahlungen i.H.v. 80.000 Euro veranschlagt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

h) Regenrückhaltebecken

Die Änderung des Schönungsteiches in ein Regenrückhaltebecken soll insgesamt um ein Jahr verschoben werden, d.h. die Planungskosten sind mit 40.000 Euro in 2023 zu berücksichtigen, die Ausführung mit 200.000 Euro in 2024.

Beschluss:

Der Ansatz für die Änderung des Schönungsteiches in ein Regenrückhaltebecken wird in 2023 um 160.000 Euro auf 40.000 Euro reduziert.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

i) Radweg Abtei - Schieder-Schwalenberg

Die Planungskosten für die Ausführungsplanung des Radweges "Abtei-Schieder-Schwalenberg" sind unter der konkreten Maßnahme investiv zu veranschlagen.

Beschluss:

Die Planungskosten für den Radweg "Abtei-Schieder-Schwalenberg" sind mit 25.000 Euro aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

j) Erweiterung Gewerbegebiet Vörden

Die Planungskosten für die Ausführungsplanung der Erweiterung des Gewerbegebietes in Vörden sind unter der konkreten Maßnahme investiv zu veranschlagen.

Beschluss:

Die Planungskosten für Erweiterung des Gewerbegebietes in Vörden sind mit 22.000 Euro aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

k) Änderungen Modellrechnung und Festsetzung Gemeindefinanzierungsgesetz 2023

Änderungen betreffend die Ansätze des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2023 des Landes Nordrhein-Westfalen (Schlüsselzuweisungen, Klima- und Forstpauschale sowie Investitionspauschale) ergeben sich aus der Differenz zwischen Modellrechnung und der mittlerweile eingetroffenen Festsetzung.

Beschluss:

Die sich durch das Gemeindefinanzierungsgesetz ergebenden Änderungen sind einzupflegen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

I) Änderungen Klärschlammfonds

Der Finanzierungsanteil für den Klärschlammfonds (Darlehen, 7.700 Euro in 2023) ist konkretisiert worden und soll Berücksichtigung finden.

Beschluss:

Das Darlehen in Höhe von 7.700 Euro ist zu veranschlagen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

m) Kapitalstärkung Eigenbetrieb

Beschluss:

Es werden Mittel i.H.v. 300.000 Euro für eine Kapitalstärkung des Eigenbetriebes bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

B. Änderungsanträge der CDU-Fraktion (Anträge vom 14.02.2023 und 18.02.2023)

Mathias Schmidt begründet die Anträge als Fraktionsvorsitzender namens der CDU-Fraktion.

a) Erhöhung der Dorfpauschale

Mathias Schmidt führt an, dass aufgrund der Inflation und gestiegener Kosten die Dorfpauschale insbesondere in den Ortschaften mit Dorfgemeinschaftshäusern nicht auskömmlich ist. Er plädiert deshalb dafür, den Sockelbetrag um 500 Euro je Ortschaft zu erhöhen. Josef Wolff gibt zu bedenken, dass hier eventuell die größeren Ortschaften benachteiligt wären. Josef Suermann schlägt daraufhin vor, den Betrag von 6.500 Euro einzustellen und die Verteilung zu einem späteren Zeitpunkt zu diskutieren und zu regeln.

Beschluss:

Für die Dorfpauschale werden 6.500 Euro zusätzliche Mittel bereitgestellt. Über den Verteilungsschlüssel entscheidet der Hauptausschuss.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

b) Deckensanierung FWGH Münsterbrock

Der neue Ortsvorsteher David Hensel will die Maßnahme in 2023 durchführen. Die Mittel waren als Materialkostenzuschuss bereits in 2021 bereitgestellt worden, zu einer Ausführung war es jedoch aufgrund der Corona-Pandemie nicht gekommen.

Beschluss:

Für die Deckensanierung im Feuerwehrgerätehaus Münsterbrock werden 3.000 Euro als Materialkostenzuschuss bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

c) Grundschule Marienmünster, gemeinsamer Antrag mit der SPD-Fraktion

Mathias Schmidt begründet den gemeinsamen Antrag der CDU- und SPD-Fraktion. Er nimmt Bezug auf den am 16.02.2023 stattgefundenen Ortstermin. Zur Beseitigung der Unfallgefahren sollten 15.000 Euro in den Haushaltsplan aufgenommen werden.

Er kritisiert, dass hier nicht eher im Ausschuss für Umwelt Planen und Bauen durch die Vorsitzende bzw. im Rat durch den Bürgermeister informiert wurde.

Josef Suermann entgegnet, dass Unfälle sich nicht verhindern lassen. Der Schulhof sei durch ein professionelles Planungsbüro unter Mitwirkung einer Arbeitsgruppe, der Schulleitung und der Eltern geplant worden, die Spielgeräte wären durch eine Fachfirma abgenommen und Beanstandungen der Unfallkasse zeitnah abgestellt worden.

Josef Wolff bittet darum, etwaige Regressansprüche zu prüfen und geltend zu machen. Helmut Lensdorf stellt fest, dass es sich bei der Grundschule um ein sensibles Thema handelt. Es handele sich bei der Grundschule um ein gutes Gebäude, der Schulhof sei auch grundsätzlich gut. Bei punktuellen Problemen müsse zielgerichtet nachgebessert werden.

Elmar Stricker kritisiert den im Vorfeld durch die SPD-Fraktion lancierten Artikel. Durch ein solches Thema dürfe die Reputation der Schule nicht in Mitleidenschaft gezogen werden. Die Arbeitsgemeinschaft hätte gut gearbeitet, das Planungsbüro hätte jedoch die Sicherheit nicht im Auge gehabt. Er berichtet aus seiner Vergangenheit als Schulleiter und appelliert an die Beteiligten, besser zu kommunizieren.

Mathias Schmidt beantragt, einen Sperrvermerk anzubringen, da dieser nur durch den Rat aufgehoben werden kann und dieser das Thema so im Auge behalten könne.

Beschluss:

Für die Beseitigung der Unfallgefahren auf dem Schulhof werden 15.000 Euro eingestellt. Der Ansatz wird mit einem Sperrvermerk versehen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

d) Materialkostenzuschuss Sportplatz Vörden.

Markus Kaiser stellt vor, dass der SV Vörden die Sanierung des Flachdaches und die Renovierung der Fassade des Sportheimes in Vörden in Eigenleistung vornehmen will und hierfür 8.000 Euro Materialkostenzuschuss beantragt.

Beschluss:

Für die Sanierung des Flachdaches und die Renovierung der Fassade des Sportheimes Vörden werden für den SV Vörden 8.000 Euro als Materialkostenzuschuss bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

e) Energiekostenzuschuss Jugendgruppen

Angesichts gestiegener Energiekosten hält Mathias Schmidt einen Energiekostenzuschuss für die Jugendgruppen für sinnvoll.

Beschluss:

5.000 Euro werden als Energiekostenzuschuss für die Jugendgruppen bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

f) Abbruch des alten Betriebsgebäudes der Kläranlage Kollerbeck, gleichlautender Antrag der UWG-Fraktion

Mathias Schmidt plädiert dafür, die Maßnahme zu streichen. Sie sei nicht zwingend in diesem Jahr durchzuführen, der Haushalt sei ohnehin schon stark belastet. Durch Einfriedung und Standsicherheit ginge keine Gefahr von dem Gebäude aus. Josef Suermann entgegnet, dass der Abriss des Gebäudes seinerzeit eine Auflage der Baugenehmigung für das Pumpwerk gewesen ist. Die Abrissverpflichtung bestehe somit und könne auch jederzeit eingefordert werden. Ihm sei der Grund für die Verschiebung nicht ersichtlich, da sie nur Sinn ergebe, wenn man mit sinkenden Preisen oder einer besseren Haushaltslage rechne. Dies sehe er beides nicht.

Beschluss:

Die Mittel für den Abriss des Betriebsgebäudes der Kläranlage Kollerbeck i.H.v. 40.000 Euro werden gestrichen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen

15 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen

g) Offenlegung Brucht im Spielplatzbereich Großenbreden

Auch bei dieser Maßnahme regt Mathias Schmidt an, sie aufgrund der Haushaltslage zu streichen.

Josef Suermann wendet ein, dass die Maßnahme seinerzeit von der ehemaligen Ortsvorsteherin vorgetragen wurde und der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie diene. Derzeit stehe eine Fördermöglichkeit von 80 Prozent in Aussicht. Ob die Fördermöglichkeit zu einem späteren Zeitpunkt noch gegeben sei, sei fraglich.

Beschluss:

Die Ansätze für die Offenlegung der Brucht im Spielplatzbereich Großenbreden von 9.000 Euro in 2023 und 52.000 Euro in 2024 werden gestrichen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen

8 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen

h) Wirtschaftsweg Born-Kollerbeck

Mathias Schmidt beantragt, die Ausführung der Maßnahme in Form einer wassergebundenen Decke gemäß der von Klaus Hasenbein kalkulierten Variante. Er verweist auf den Antrag der Fraktion die Grünen.

Beschluss:

Für den Wirtschaftsweg Born-Kollerbeck werden 25.000 Euro bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

i) Sperrvermerk LORAWAN

Mathias Schmidt beantragt, den Ansatz für das LORAWAN mit einem Sperrvermerk zu versehen.

Josef Suermann führt aus, dass ein Sperrvermerk mehr eine deklaratorische Wirkung hat, da

ein Auftrag der betreffenden Größenordnung ohnehin durch ein entsprechendes Gremium vergeben werden müsse.

Beschluss:

Der Ansatz für das LORAWAN wird mit einem Sperrvermerk versehen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen 12 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen

B. Änderungsanträge der UWG-Fraktion (Anträge vom 16.02.2023)

Josef Wolff begründet die Anträge als Fraktionsvorsitzender namens der UWG-Fraktion.

a) Abbruch des alten Betriebsgebäudes der Kläranlage Kollerbeck, gleichlautender Antrag der CDU-Fraktion

Siehe vor.

b) Entschlammung Bornteich Bredenborn

Josef Wolff führt aus, dass die Entschlammung des Bornteiches seit langer Zeit ein Wunsch der Ortschaft Bredenborn ist. Aufgrund der Tatsache, dass es sich um ein Fließgewässer handele, wäre jedoch ein wasserrechtliches Genehmigungsverfahren erforderlich. Dieses sollte in 2023 angestoßen werden.

Beschluss:

Für die Entschlammung des Bornteiches in Bredenborn werden 5.000 Euro bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen

16 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen

C. Änderungsanträge der GRÜNEN-Fraktion (Anträge vom 18.02.2023)

Jutta Fritzsche begründet die Anträge als Fraktionsvorsitzende namens der GRÜNEN-Fraktion.

a) Zuschuss Jugendgruppen

Siehe vor.

b) Zusätzliche Beleuchtung Kleinenbreden

Matthias Loges führt aus, dass der relativ stark frequentierte Weg von Kleinenbreden nach Großenbreden derzeit im Bereich der Bushaltestelle unbeleuchtet ist.

Beschluss:

Für die zusätzliche Beleuchtung in Kleinenbreden werden 2.500 Euro bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

D. Änderungsanträge der SPD-Fraktion (Anträge vom 18.02.2023)

Helmut Lensdorf begründet die Anträge als Fraktionsvorsitzender namens der SPD-Fraktion.

a) Funkmeldeempfänger

Helmut Lensdorf spricht sich für die flächendeckende Ausrüstung der Feuerwehrkameraden mit Funkmeldeempfängern aus. Josef Suermann erläutert, dass derzeit die Erlasslage hinsichtlich der Alarmierung insgesamt noch unklar ist. Dieser Erlass solle zunächst abgewartet werden. Gff. fördere das Land gewisse Alarmierungswege zu einem späteren Zeitpunkt. Josef Wolff spricht sich ebenfalls gegen eine flächendeckende Ausstattung mit Funkmeldeempfängern zum jetzigen Zeitpunkt aus. Ein Viertel der Kameraden sei bereits ausgestattet. Hätte die Wehrführung Funkmeldeempfänger für sinnvoll gehalten, wären sie beantragt worden. Die

Alarmierung sei zunächst sichergestellt, eine neue Rechtslage sei abzuwarten.

Elmar Stricker hält den Ansatz für überhöht und verfrüht.

Beschluss:

Für Funkmeldeempfänger wird ein Ansatz von 40.000 Euro geschaffen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt 3 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

b) Grundschule Marienmünster, gemeinsamer Antrag mit der CDU-Fraktion Siehe vor.

c) Einhausung Müllcontainer

Stefanie Pohlmeier begründet den Antrag. Die Container stünden schutzlos auf dem ehemaligen Schulhof, Müll würde umhergeweht. Eine Einhausung in Form eines Stabmattenzaunes sei im Sinne des Brandschutzes sinnvoll.

Beschluss:

Für die Einhausung der Müllcontainer im Bereich der ehemaligen Grundschule in Bredenborn werden 1.000 Euro bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

d) Hainbuchenhecke Spielplatz Steffenskamp Bredenborn

Siehe vor.

3.2. Haushalt 2023; Beschlussfassung über die Haushaltssatzung, Haushaltsplan nebst Anlagen

Im Vorfeld der Beschlussfassung halten die Fraktionsvorsitzenden ihre Haushaltsreden. Sie sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Beschluss:

Die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan nebst Anlagen für das Jahr 2023 werden mit den soeben beschlossenen Änderungen zum Haushaltsplanentwurf beschlossen.

Im Ergebnisplan betragen

- die Erträge 13.557.400 Euro
- und die Aufwendungen 15.019.900 Euro.

Im Finanzplan betragen

- die Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit 12.093.400 Euro,
- die Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit 13.375.500 Euro,
- die Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit 2.150.900 Euro,
- die Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit 3.520.100 Euro,
- die Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit 1.300.000 Euro
- und die Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit 47.200 Euro.

Der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen wird auf 1.300.000 Euro festgesetzt. Die Verpflichtungsermächtigungen werden auf 0 Euro festgesetzt.

Die Verringerung der Ausgleichsrücklage aufgrund des voraussichtlichen Jahresergebnisses im Ergebnisplan wird auf 1.462.500 Euro und die Verringerung der allgemeinen Rücklage aufgrund des voraussichtlichen Jahresergebnisses im Ergebnisplan wird auf 0 Euro festgesetzt. Der Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung wird auf 1.000.000,00 Euro festgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen

Ja 16 Nein 2

4. 19. Änderung des Flächennutzungsplanes - Ergebnis der Öffentlichkeitsbeteiligung und Annahmebeschluss

Vorlage: 677/2023

a) Beratung und Beschlussfassung über die eingegangenen Stellungnahmen im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 1 BauGB)

Landesbetrieb Straßen NRW (01.09.2022)

Beschluss:

Die Anregung wird zur Kenntnis genommen. Eine Veränderung der Anbindung/Zufahrt ist nicht vorgesehen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei einer Enthaltung.

GASCADE Gastransport GmbH, Kassel (28.07.2022)

Beschluss:

Die Anregung wird zur Kenntnis genommen. Externe Kompensationsmaßnahmen sind nicht erforderlich. Eine Beteiligung im weiteren Verfahren ist sicherzustellen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei einer Enthaltung.

LWL- Denkmalpflege, Münster (30.08.2022)

Beschluss:

Den Anregungen wird gefolgt. Die Auswirkungen auf die denkmalgeschützte Klosteranlage sind im Verfahren nach § 9 DSchG zur prüfen und eine denkmalrechtliche Erlaubnis unter Beteiligung des LWL einzuholen (bereits erfolgt, denkmalrechtliche Erlaubnis liegt vor).

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei einer Enthaltung.

LWL-Archäologie, Bielefeld (24.08.2022)

Beschluss:

Die Anregungen werden zur Kenntnis genommen und zuständigkeitshalber der Baugenehmigungsbehörde beim Kreis Höxter weitergeleitet. Der Investor wird zudem über die Auflagen und Bedingungen informiert.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei einer Enthaltung.

Kreis Höxter (01.09.2022)

Beschluss:

Den Anregungen des Kreises Höxter wird gefolgt. Der Antragsteller wird über die Gefahren eines Niederschlagsereignisses mit 100-jährigem Wiederkehrintervall informiert.

Eine schalltechnische Stellungnahme ist einzuholen (bereits erfolgt).

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei einer Enthaltung.

b) Beratung und Beschlussfassung über die eingegangenen Stellungsnahmen während der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit (§ 3 Abs. 1 BauGB)

Stellungnahmen der Öffentlichkeit sind nicht eingegangen. Eine Beschlussfassung erübrigt sich.

c) Beratung und Beschlussfassung über die eingegangenen Stellungnahmen im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 2 BauGB)

Landesbetrieb Straßen NRW (22.12.2022)

Beschluss:

Die Anregung wird zur Kenntnis genommen. Eine Veränderung der Anbindung/Zufahrt ist nicht vorgesehen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig.

GASCADE Gastransport GmbH, Kassel (22.11.2022)

Beschluss:

Die Anregung wird zur Kenntnis genommen. Externe Kompensationsmaßnahmen sind nicht erforderlich.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen bei 17 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme.

Telekom Deutschland GmbH, Münster (16.12.2022)

"Gegen die 19. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Marienmünster bestehen grundsätzlich keine Einwände.

Im Planbereich befinden sich Telekommunikationslinien der Telekom, die aus dem beigefügten Lageplan ersichtlich sind. Diese versorgen die vorhandene Bebauung. Ich gehe davon aus, dass die Telekommunikationslinien punktuell gesichert, aber unverändert in ihrer Trassenlage verbleiben können. Der Bestand und der Betrieb der vorhandenen TK-Linien müssen weiterhin gewährleistet bleiben."

Beschluss:

Die Anregung wird zur Kenntnis genommen. Der Investor wird über das Vorhandensein der Leitungen und deren Verlauf informiert.

Abstimmungsergebnis: einstimmig.

Kath. Kirchengemeinde St. Jakobus d.A., Marienmünster (06.12.2022)

Beschluss:

Die Anregungen werden zur Kenntnis genommen. Die Bedenken werden nicht geteilt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig.

Kreis Höxter (01.09.2022)

Beschluss:

Den Anregungen des Kreises Höxter wird gefolgt. Der Antragsteller wird über die Gefahren eines Niederschlagsereignisses mit 100-jährigem Wiederkehrintervall informiert.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen bei 16 Ja-Stimmen, und 2 Nein-Stimmen.

d) Beratung und Beschlussfassung über die eingegangenen Stellungsnahmen während der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit (§ 3 Abs. 2 BauGB)

Stellungnahmen der Öffentlichkeit sind nicht eingegangen. Eine Beschlussfassung erübrigt sich.

e) Annahmebeschluss zur 19. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Marienmünster

Beschluss:

Der Rat der Stadt Marienmünster beschließt, unter Berücksichtigung der Beschlüsse unter lit. a) und c), die 19. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Marienmünster.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen bei einer Enthaltung

5. Beteiligung der "Klärschlammverwertung OWL GmbH" am zukünftigen Tochterunternehmen Vorlage: 683/2023

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Marienmünster stimmt der Beteiligung der "Klärschlammverwertung OWL GmbH" an dem zukünftigen Tochterunternehmen in Höhe von 49.9 % auf Basis

der als Anlage 1 beigefügten "Satzung TU" zu. Dieser Beschluss steht unter dem Vorbehalt, dass der Rat auch dem Zuschlag im Rahmen des Ausschreibungsverfahren Strategische Partnerschaft im nicht öffentlichen Teil dieser Sitzung zustimmt.

- Der Rat der Stadt Marienmünster stimmt der Änderung der Satzung der "Klärschlammverwertung OWL GmbH" auf Basis der als Anlage 2 beigefügten "Änderungssatzung KSV OWL" zu.
- Optionale Modifikation der Beschlüsse zur Bündelung über die Kreise bzw. Kreisgesellschaften.
- 4. Die vorgenannten Beschlusspunkte stehen unter dem Vorbehalt eines positiven Abschlusses des Anzeigeverfahrens bei der zuständigen Aufsichtsbehörde.

Die Beteiligung an dem zukünftigen Tochterunternehmen (TU) der Klärschlammverwertung OWL GmbH (KSV OWL) erfolgt nur, wenn mindestens 75 % der Gesellschafter der KSV OWL der Beteiligung zustimmen.

Die Änderung der Satzung der KSV OWL erfolgt nur, wenn mindestens 75 % der Gesellschafter der KSV OWL der Änderung zustimmen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

6. Mitteilungen und Anfragen

6.1. Rückstellung des Endausbaus "Steinbreite" Bredenborn

Bürgermeister Josef Suermann teilt mit, dass bei einer am 06.02.2023 durchgeführten Informationsveranstaltung für die Anlieger der einhellige Wunsch geäußert wurde, den Endausbau der Straße "Steinbreite" zusammen mit dem Endausbau der Straße "Steffenskamp" durchzuführen. Der Rat nimmt Kenntnis. Der Ausbau soll in der seinerzeit aufgestellten Prioritätenliste entsprechend verschoben werden. Es wird nicht gewünscht, den Punkt als separaten Tagesordnungspunkt in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Umwelt, Planen und Bauen zu behandeln.

6.2. Wohnmobilstellplätze

Bürgermeister Josef Suermann teilt mit, dass die Ausschreibung für die Erstellung der Wohnmobilstellplätze in Vörden erfolgt ist. Er bittet darum, die Vergabe im Rahmen einer Dringlichkeitsentscheidung durchführen zu können, um im Hinblick auf die bald stattfindende Landesgartenschau in Höxter keine Zeit zu verlieren. Das geplante Vorgehen findet allgemein Zustimmung.

7. Fragen von Einwohnern

Keine.

gez. Josef Suermann Vorsitzende/r gez. Kai Schöttler Protokollführer/in